

## Populismus-Kritik „nicht nachvollziehbar“

Bruchköbeler Bürgerbund reagiert auf die Vorwürfe nach seiner Flüchtlings-Flugblattaktion

**Bruchköbel (pm/how).** Der Bruchköbeler Bürgerbund (BBB) hat jetzt in einer Pressemitteilung auf die Kritik reagiert, die der Gruppierung nach ihrer Flugblattaktion entgegenschlagen war. Der BBB hatte in der Wurfsendung die Bundesregierung für ihre Flüchtlingspolitik angegriffen und auch die Maßnahmen der Bruchköbeler Stadtverwaltung zur Unterbringung der Flüchtlinge kritisiert (der HA berichtete).

„Die Aussagen des BBB als Populismus zu bezeichnen, ist für uns nicht nachvollziehbar. Sollen denn Fehlentwicklungen nicht mehr angesprochen werden? Darf über gravierende Themen unserer Gesellschaft, die Auswirkungen auf die Kommunen haben, nicht mehr offen diskutiert werden? Wir werden dies weiterhin tun, ob bei der Flüchtlingspolitik oder bei anderen Themen“, schreibt der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz.

In Bruchköbel stünden die Vertreter der beiden großen Volksparteien hinter der Politik der Bundesregierung, die nach Ansicht des Bürgerbundes den Rückhalt in der Bevölkerung verloren habe. Auch die

Position der Grünen sei bekannt. Der BBB habe das Thema angesprochen, allerdings nicht im Sinne von CDU, SPD und Grünen, und werde nun dafür ins Visier genommen, heißt es in der Pressemitteilung.

Für den BBB sei es erforderlich, Dinge anzusprechen, die aus dem Ruder liefen und aktuell Forderungen gegen Bund und Land zu erheben, damit Bruchköbel bei der Wahrnehmung von Aufgaben für den Bund, nämlich die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen oder Asylbewerbern, keinen Schaden nehme.

Der BBB weist daraufhin, dass er in der letzten Stadtverordnetenversammlung eine Anfrage an den Magistrat zu den bisher angefallenen Kosten (Investitionsmaßnahmen sowie laufende Aufwendungen einschließlich der Personalkosten) durch die Aufnahme von Flüchtlingen gestellt habe. Diese Frage habe der Bürgermeister nicht richtig beantworten können, behauptet der Bürgerbund.

Günter Maibach (CDU) habe lediglich zugesichert, dass die seit Anfang des Jahres gezahlte Pro-Kopf-Pauschale die reinen Unterbringungskosten im neuen Hütten-

dorf an der alten B45 nach drei bis fünf Jahren gedeckt werde. „Für die von uns ferner angesprochenen Security-Kosten liegt definitiv bis heute keine Kostendeckungszusage von Landkreis, Land oder Bund vor“, so der BBB. Auch sei offen, ob oder in welcher Höhe die nicht unerheblichen Personalkosten der eigenen Verwaltung von den Kommunen alleine getragen werden müssten.

„Der BBB hat in seiner Stellungnahme zum Thema Flüchtlinge weder den Magistrat noch den Bürgermeister angegriffen. Er bedankt sich auch ausdrücklich bei den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Der BBB kritisiert aber, dass die Politik in Berlin aus dem Ruder gelaufen ist und zum Beispiel bis heute nicht fest geklärt ist, ob sämtliche der Stadt in Bezug auf Flüchtlingsunterbringung und -betreuung entstehenden Kosten durch Land oder Bund getragen werden.“ Auch Lösungsansätze würden vom BBB benannt. Welche das sind, geht aus der Pressemitteilung jedoch nicht hervor.

[www.bruchkoebeler-buergerbund.de](http://www.bruchkoebeler-buergerbund.de)

[www.freiewaehler.eu](http://www.freiewaehler.eu)